

**ÖSTERREICHISCHE****A-1010 WIEN****REKTORENKONFERENZ****SCHOTTENGASSE 1**

TELEPHON 63 06 22-6

TELEFAX 63 73 21

Betrifft <b>GESETZENTWURF</b>	
Zl.	51 - GE 9 PP
Datum:	19. JULI 1988
Verteilt	21. Juli 1988 <i>Hof</i>

An das  
Präsidium des Nationalrates  
Dr. Karl Renner-Ring 1  
1014 Wien

*Dr. Hübner*  
Wien, 14. Juli 1988

GZ 80/101/34/88  
HS/Kni

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes betr. Versuche  
an lebenden Tieren (Tierversuchsgesetz 1988)  
BMWf - GZ 5436/23-7/88; Stellungnahme

In der Anlage wird die Stellungnahme der Österreichischen  
Rektorenkonferenz zu dem im Betreff genannten  
Gesetzesentwurf mit der Bitte um Berücksichtigung übermittelt.

Dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung wurde eine  
Ausfertigung der Stellungnahme bereits übermittelt.

Für die Rektorenkonferenz

Beilage: 25 Stellungnahmen

*H. Steurer*  
Mag. H. Steurer



**ÖSTERREICHISCHE**

**A-1010 WIEN**



**REKTORENKONFERENZ**

**SCHOTTENGASSE 1**

**TELEPHON 63 06 22-0**

**TELEFAX 63 73 21**

**S T E L L U N G N A H M E**

der

**Österreichischen Rektorenkonferenz**

gemäß § 107 Abs. 3 UOG

zum

**Entwurf eines Bundesgesetzes**

**betreffend Versuche an lebenden Tieren**

**(Tierversuchsgesetz 1988)**

**BMWF-GZ 5436/23-7/88**

**Beschluß**

**des Ausschusses für Forschung & Entwicklung**

**vom 8.7.1988**

- 1 -

1. Die Österreichische Rektorenkonferenz sieht sich - in gleicher Weise wie einige Universitäten bzw. Fakultäten - nicht in der Lage, innerhalb der gestellten Frist zum Text des vorgelegten Entwurfs eines Bundesgesetzes betreffend Versuche an lebenden Tieren (Tierversuchsgesetz 1988) eine ausführliche Stellungnahme abzugeben.

Gemäß § 107 Abs.3 UOG sind der Rektorenkonferenz Gesetzesentwürfe, die Angelegenheiten des Universitätswesens unmittelbar berühren, zur Erstattung von Gutachten innerhalb angemessener Frist zuzuleiten. Im gegenständlichen Fall wird die gestellte Frist keinesfalls als angemessen erachtet. Es wird daher das höfliche Ersuchen gestellt, die Begutachtungsfrist auf Ende Oktober zu erstrecken.

2. Grundsätzlich stellt die Rektorenkonferenz fest, daß verschiedene Bestimmungen des 1986 zur Begutachtung ausgesandten Entwurfes einer Tierversuchsgesetznovelle auch im vorliegenden Gesetzesentwurf wieder aufscheinen. Ein Teil der am 3.4.1986 von der Rektorenkonferenz beschlossenen Einwendungen gegen die Tierversuchsgesetznovelle besitzen daher nach wie vor Gültigkeit.

So unterliegen auch nach § 5 Abs.2 und 3 des vorgelegten Entwurfs bestimmte Tierversuche weiterhin einer Genehmigungspflicht, wogegen die Rektorenkonferenz ihre Bedenken gegen die Verfassungsmäßigkeit dieser Bestimmungen unter Verweis auf Art.17, Staatsgrundgesetz, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger vom 21.12.1967, BGBl. 1867/142 idF zuletzt BGBl.1982/262, konsequenterweise auch jetzt wieder erheben muß. Nach Auffassung der Rektorenkonferenz ist das im Entwurf zum Tierversuchsgesetz enthaltene Konzessions-system mit der vom Verfassungsgesetzgeber getroffenen Entscheidung, daß die wissenschaftliche Forschung soweit wie möglich ohne Einschränkungen ausgeübt werden kann, nicht in Einklang zu bringen.

Aus denselben grundsätzlichen Überlegungen werden die Bedenken gegen die Bestimmungen des § 3 Abs.3 lit.a (entspricht § 3 Abs.3 der Tierversuchsgesetznovelle 1986) wiederholt, wonach ein Versuch nicht zulässig wäre, wenn die Ergebnisse eines gleichen Versuches dem Antragsteller zugänglich sind und an der Richtigkeit dieser Ergebnisse keine berechtigten Zweifel bestehen.

Die im § 17 (entspricht § 8 b, Abs.3 Tierversuchsgesetznovelle 1986) verankerte Verpflichtung, statistische Daten des Tierversuchswesens jährlich zu veröffentlichen, wird

- 2 -

weiterhin als nicht erforderlich angesehen, da diese Maßnahme lediglich zur Emotionalisierung der Diskussion über Tierversuche beitragen wird.

Die Rektorenkonferenz erachtet die Anwendung der im § 19 festgesetzten Strafsätze für durchaus gerechtfertigt, hätte auch gegen eine weitere Verschärfung keine Bedenken anzumelden.

Abschließend deponiert die Rektorenkonferenz ihre Auffassung, daß bei der Regelung dieses Rechtsbereiches die einschlägigen nationalen Bestimmungen unserer Nachbarländer Berücksichtigung finden sollten. Zu prüfen, ob und inwieweit dies in vorliegenden Entwurf geschehen ist, war ihr in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich, was den Antrag auf Fristerstreckung neuerlich unterstreicht.